

– Beglaubigte Abschrift –



# Amtsgericht Lüneburg

## Beschluss

### Terminbestimmung

23 K 15/22

25.10.2024

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Dienstag, 11. Februar 2025, 10:00 Uhr**, im Amtsgericht Am Ochsenmarkt 3, 21335 Lüneburg, Saal/Raum 314, versteigert werden:

Das im Grundbuch von Lüneburg Blatt 17833 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m <sup>2</sup>
2	Lüneburg	3	751/17	Gebäude- und Freifläche, Papenburger Weg 20	640

Der Versteigerungsvermerk wurde am 01.08.2022 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 290.000,00 €

Detaillierte Objektbeschreibung:

Doppelhaushälfte, eingeschossig mit ausgebautem Dachgeschoss, unterkellert, Bj. 1938, 1989 umfangreiche Modernisierung, Gas-Zentralheizung, zentrale Warmwasserbereitung mit Wärmeversorgung über die Heizungsanlage, Wohnfläche ca. 64 m<sup>2</sup>

In einem früheren Termin ist der Zuschlag aus den Gründen des § 74a oder § 85a ZVG versagt worden. In dem nunmehr anberaumten Termin kann daher der Zuschlag auch auf ein Gebot erteilt werden, das weniger als die Hälfte des Grundstückswertes beträgt.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Das Gutachten einschl. Bilder kann kostenlos bei <a href="http://www.immobilienpool.de">www.immobilienpool.de</a> heruntergeladen werden.
---

Baumann  
Rechtspflegerin

Beglaubigt  
Lüneburg, 28.10.2024

Meyer, Justizsekretärin  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle